Ein steiniger Weg zur Local Water Governance

Entwicklungspotenziale für den Wassersektor in Bolivien

Der Artikel umreißt die grundlegenden Probleme und Herausforderungen für die neue Wasserpolitik in Bolivien seit 2006 und setzt sich zum Ziel, die möglichen Perspektiven für Entwicklungsmaßnahmen im Bereich der „Local Water Governance" aufzuzeigen. Dabei werden verschiedene Prozesse im Wassersektor auf Makro-, Meso und Mikroebene angesprochen sowie beispielhaft die Probleme im lokalen Wassermanagement anhand der Kleinstadt Villamontes, gelegen an den Niederungen des Nationalparks Aguaragüe im Chaco Tarijeño, analysiert.

Von Ingo Gentes, Berlin

Das politische Szenario: zwischen Wandel und Abspaltung

Bolivien ist ein Land, an dem sich die Geister scheiden. Auf der einen Seite kann das Land seine gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten nicht einvernehmlich und nachhaltig lösen. Auf der andere Seite kristallisiert sich eine Gesellschaft heraus, die durch einen hohen Grad an Debatte und autonomen Initiativen zur Neugestaltung der politischen und institutionellen Struktur des Landes beiträgt (Veltmeyer & Petras 2007; Salman 2008).

Zusammen mit seiner Partei, der Bewegung zum Sozialismus (*Movimiento al Socialismo*, MAS), befolgt der erste indigene Präsident, der Aymara Juan Evo Morales Ayma, seit 2006 eine Politik, die unter dem Motto sozialer Wandel (*Cambio Social)* steht. Die Beteiligung sozial und kulturell benachteiligter Gruppen innerhalb der Politikstrukturen soll gestärkt sowie die „neoliberale Schockdoktrin"[1] der vorangegangen Regierungen der 1990er Jahre zurückgeführt werden. *Cambio Social* steht auch für die Einführung staatlicher Steuerungs- und Interventionsmechanismen[2] sowie Mechanismen der nationalen Solidarität und kulturellen Integration (Mayorga 2006).

Mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung im Dezember 2007 versucht die MAS, allgemein anerkannte rechtliche Grundlagen für eine neue staatsgesteuerte Entwicklung zu schaffen. Der Zugang zum Wasser wurde darin als fundamentales Menschenrecht anerkannt, vergleichbar mit den Verfassungen von Uruguay oder Südafrika. Das 2006 gebildete Wasserministerium soll mithelfen, die Prinzipien eines nachhaltigen und gerechten Umgangs mit der Lebensressource Wasser in die Praxis umzusetzen.

Doch die Diskussion und Verabschiedung des obersten Gesetzestextes nahm nach dem Rückzug der größten Oppositionsgruppe PODEMOS groteske Züge an und endete schließlich nach Unruhen in einer Militärkaserne. Fünf ressourcenreiche und abtrünnige Departements präsentierten im gleichen Monat ein Autonomiestatut, welches das staatlich vorgegebene Entwicklungsmodell entschieden ablehnte. Die Ressourcenausbeutung sowie Wertschöpfung sollte demnach weiter dezentral und unter der Obhut der einzelnen Regionalregierungen (*Gobiernos Regionales*) stehen. Auch ständige Aufrufe von Morales zur nationalen Einheit und zur Unterstützung seiner Politik des sozialen Wandels haben daran bisher wenig geändert. Die Regierungschefs der abtrünnigen Departements sehen Morales als Marionette des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez. Letzterer verbirgt seine Sympathie für den *Indio Presidente* nicht und droht der Regierung mit einem Militäreinsatz im Falle einer fortschreitenden Machtdestabilisierung. Vermittlungsversuche durch Kirchenobere oder Vertreter der Europäischen Union sind bisher kläglich gescheitert. Die politischen Zeichen stehen vorerst auf Konfrontation.

Szenarien der Wasserpolitik seit 2006

Trotz Wirtschaftswachstum von sechs Prozent im Jahr 2006 leiden

[1] Die Imposition neoliberaler Wirtschaftsstrukturen in den Ländern des Subkontinents zielte gerade auf die Privatisierung aller staatlichen Monopole ab und führte zu extremen Entscheidungs- und Kontrollverlusten des Staates (siehe dazu Klein 2007).

[2] Die zentralen Achsen dieser Politik liegen in der Teilnationalisierung wichtiger Ressourcen wie Gas und Petroleum sowie dem behutsamen Aufbau eines nationalen Sozialsystems auf der Basis einer Neuverteilung der Gewinnerlöse aus der Ressourcenausbeutung zwischen den Munizipien, Präfekturen, Departements und Ministerien. Zusätzlich soll derjenige Großgrundbesitz, der keine „soziale oder ökonomische Funktion erfüllt", konfisziert und vom Staat neuverteilt werden.

die meisten Menschen noch immer unter bitterer Armut. Schenkt man den Zahlen der Vereinten Nationen von 2006 Glauben (UDAPE & CIMDM 2006), so sind zudem mehr als 40 Prozent des Landes von Erosion betroffen. Auch der Zugang zum Wasser gilt längst nicht für alle Bevölkerungsschichten als gesichert. Die Grundwasserpegel sind in der letzten Dekade drastisch gesunken, nicht nur in den Andenregionen (Mattos & Crespo 2000). Der Klimawandel treibt die Schneeschmelze auf den Berggipfeln schneller voran als ursprünglich angenommen. Der Streit um die Ressourcen und auch Fälle von Korruption nehmen indessen auf lokaler Ebene zu. Und die Politik? Ob national, regional oder lokal – sie findet bisher nicht die geeigneten Mittel, diesem Manko entgegenzutreten.

Selbst die Einrichtung des Wasserministeriums im Jahr 2006 kann den Eindruck einer desolaten Verwaltungsstruktur und eines defizitären Managements nicht vom Tisch wischen[3]. Ganz im Gegenteil: Zur ständigen Fluktuation von Beamten aus der Zentralregierung in die Departements gesellen sich Rücktritte sowie private Skandale einzelner Minister. Das Wasserministerium verliert mehr und mehr an Legitimität.

Dabei ist die Grundidee lobenswert. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes finden sich die verschiedenen Sektoren Trink- und Abwasser, Bewässerung sowie Wassersenkenmanagement in drei Vizeministerien gruppiert unter der Obhut eines zentralen Ministeriums, des *Ministerio del Agua*. Eine einberufene innerministerielle Kommission (*CONIAG*) sollte das noch immer geltende Wassergesetz von 1906 überarbeiten und aus mehr als 30 vorausgegangenen Entwürfen einen kohärenten Gesetzesentwurf erarbeiten. Als oberstes Ziel galt es, der Beteiligung von Privatunternehmen an Sanitärunternehmen einen Riegel vorzuschieben, lokales Wassermanagement finanziell und institutionell nachhaltig zu ermöglichen sowie die komplexen kommunitären und indigenen Gewohnheitsrechte formell anzuerkennen.

Doch der Bewässerungssektor war bereits vorgeprescht. Unter der Lobby von Senatoren, die den Bewässerungsfeldbauern in Cochabamba nahe standen, konnte bereits 2004 unter der damaligen Regierung von Carlos Mesa ein Bewässerungsgesetz verabschiedet werden. In ihm werden die familiären und kollektiven Wasserrechte der Bewässerungsfeldbauer anerkannt und dem neu geschaffenen nationalen Bewässerungsamt *(Servicio Nacional de Desarrollo Riego, SENARI*) mit seinen regionalen Bewässerungseinheiten (*Servicio Regional de Desarrollo de Riego, SEDERI*) rechtliche Fakultäten bei der Verwaltung und Kontrolle der Wassersenken eingeräumt. Obwohl die Umsetzung noch unklar ist – vielerorts bestehen die SEDERI nur auf dem Papier –, sehen sich die anderen Sektoren plötzlich einer Regelung gegenüber, welche den „Wasserbauern“ klare komparative Vorteile zusagt. Trink- und Abwasser beziehen sich weitestgehend auf ein Gesetzesdekret ohne klare Reglementierung, das Vizeministerium für Wassersenkenmanagement gar nur auf einen strategischen Entwicklungsplan, ohne jedwede rechtliche Normierung. Die Crux an der Sache ist nun, wie die drei Sektoren neben- und miteinander ein nachhaltiges Management der Wasserressourcen in der Praxis umsetzen wollen.

Die Ausgangslage für die Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit wie die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) ist klar chiffriert: Fehlendem Wassermanagement auf regionaler und lokaler Ebene soll mit der Förderung technischer Kapazitäten sowie der Stärkung sozialer Organisation begegnet werden. Gemäß den staatlichen Vorgaben soll kollektives Eigentum an Infrastruktur kollektive Verwaltungsstrukturen stimulieren. So etwa im Fall der seit 2006 existierenden lokalen Wasserverbände, der sogenannten EPSA (*Entidades Prestadoras de Servicio de Agua Potable y Alcantarillado*), die keine privaten Strukturen erlauben. Deren Verwaltung läuft auf der Basis von Komitees ab, die aus lokalen Autoritäten, Nutzern und Bürgern bestehen. Die Bezeichnung als „soziales Unternehmen“ ist durchaus angebracht.

Nur findet eine umweltgerechte Tarifsetzung in den Regionen, die unter Wasserstress leiden, noch nicht statt. Gebiete wie die Region des Chaco Tarijeño weisen einen erheblichen Anteil an Bewässerungslandwirtschaft auf, und wachsende Städte wie Villamontes etwa beziehen ihr Trinkwasser aus fragilen Ökosystemen wie dem Naturreservat Aguaragüe. Das bringt neue technische und organisatorische Herausforderungen an die EPSA mit sich (**Abb. 1**).

Theorie und Praxis von Entwicklungsmaßnahmen im Wassersektor

Wie lässt sich eigentlich lokal *Water Governance* realisieren, wenn es an gesetzlichen Vorgaben mangelt und politische Akteure auf Gemeinde- und Regionalebene nicht miteinander kommunizieren bzw. sich gegenseitig boykottieren? Welche Maßnahmen scheinen angebracht, um Wasser „gut“ und „nachhaltig“ zu managen?

[3] Die Ergebnisse des sogenannten Wasserkrieges (*Guerra por el Agua*) 2000 war die Anerkennung grundlegender Prinzipien für ein neues Wassergesetz: die Bildung eines Wasserregisters, das den indigenen Völkern und Gemeinschaften ermöglichen sollte, für unbeschränkte Zeit ihre Gemeinden mit selbstverwalteten Trinkwassersystemen zu versorgen, und die Streichung der Exklusivität der Wasserversorgungsunternehmen von 1999 (*Ley de Prestación de Servicio*) (siehe Bustamante 2005).

Abb. 1: Neue Wasserzähler der EPSA Manchaco, Villamontes

Augenblicklich kristallisieren sich vier Prozesse im Wasserbereich in Bolivien heraus, die förderungsbedürftig sind: i) lokale Systeme und Regelungen für Umweltdienstleistungen im Wassersektor; ii) lokale Regierbarkeit (*local governance*); iii) Synergien zwischen öffentlichem, zivilem und privatem Sektor sowie iv) Formulierung und Umsetzung von Normen und Regulierungen im Sinne einer Stärkung von lokal nachhaltigen Wasserpolitiken.

Am Beispiel des Nationalparks Aguaragüe und Villamontes, der Hauptstadt des bolivianischen Chaco[4], werden grundlegende Probleme des lokalen Wassermanagements deutlich: Die 17.000-Einwohner-Stadt bezieht ihr Trinkwasser zum größten Teil aus dem direkten Einzugsgebiet des Nationalparks. Illegale Abholzung führte in den letzten Jahren verstärkt zur Verarmung der Waldbestände und Zunahme der Temperatur, mitunter auf mehr als 50°C in den Sommermonaten von Oktober bis März. Ein explosives Bevölkerungswachstum in den letzten zehn Jahren führte zu Landspekulationen. Die schnellen Profit versprechenden Brandrodungen haben die natürliche Flora und Fauna in den letzten Jahren weiter reduziert. Daneben kommt es in den Rohstoffabbaugebieten wie Puerto Margarita immer wieder zu Unfällen, wobei durch lecke Leitungen Rohöl direkt in die Bäche fließt und in den Waldböden des Aguaragüe versickert (Ruíz & Cortéz 2002) (**Abb. 2**).

Die Regierung selbst kommt dem Übel nicht bei, setzt vielmehr als direkter Teilhaber weiter auf einen intensiven Ressourcenabbau. Und leitenden Funktionäre ist mitunter nicht klar[5], bei wem die Verantwortung für die Verwaltung der Naturparks eigentlich liegt. Sind die Gemeinden und ihre Umwelteinheiten (*Unidades Ambientales*) oder die rechtlich höher stehenden *Corregimientos*[6] oder etwa die Präfektur für die Kontrolle und ein nachhaltiges Management des Parks verantwortlich? Oder hat am Ende die nationale Reservatsverwaltung in La Paz zusammen mit den dort ansässigen Indigenen der Guarani das Sagen? Politische Pläne zur autochthonen Verwaltung der Reservate wurden 2007 zwar geschmiedet, aber bisher nicht in die Tat umgesetzt, geschweige denn mit den lokalen Autoritäten abgestimmt.

An den technischen Kapazitäten und der Kommunikation hapert es an allen Ecken und Enden. „Ich bin erst zwei Wochen hier im Departement und soll sozusagen im Alleingang Umweltzertifizierungen durchführen und daneben noch die korrekte Umsetzung der Entwicklungspläne für den Aguaragüe überwachen“, klagt Christina Rochas, Umweltingenieurin im *Corregimiento* von Villamontes, ihr Leid. „Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll.“

Doch nicht nur der Aguaragüe fällt unter Christinas Aufgabengebiet. Auch das außerhalb liegende Staudammprojekt *El Caigua* (**Abb. 3**) gehört dazu. Co-finanziert durch Entwicklungsgelder der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) soll der Damm dem lokalen Bewässerungsfeldbau mehr Wasser für den Anbau zur Verfügung stellen. Die Genehmigung für den Bau war jedoch ohne ein vorheriges Umweltgutachten erteilt worden. Das beauftragte Unternehmen hielt es nicht für nötig, nachträglich einen Umweltingenieur unter Vertrag zu nehmen, der Kontrollmaßnahmen hätte durchführen können. So kommt es, dass teilweise unter Naturschutz stehende Feuchtgebiete von Planierraupen plattgewalzt werden und die örtliche Politikerriege dazu schweigt oder sich aus der Verantwortung zieht.

[4] Der Chaco ist ein weitgehend ebener Naturraum mit mehr als 1 Mio. Quadratkilometer Ausdehnung, der sich – gereiht nach abnehmendem Anteil – auf Argentinien, Paraguay, Bolivien und Brasilien verteilt. Der Name leitet sich her von dem Guarani-Wort für Jagdgründe.

[5] So José Coelho, leitender Chef der Division für Umweltmonitoring (*Unidad Monitoreo Ambiental*) des Nationalen Dienstes für Schutzgebiete (*Servicio Nacional de Áreas Protegidas*, kurz SERNAP) in einem Interview in La Paz am 23. Oktober 2007.

[6] Aus der Kolonialzeit hervorgegangen handelt es sich bei einem *Corregimiento* um eine territoriale Gemeindeaufteilung. In Bolivien gelten die *Corregimientos* als unterste Instanz der Präfektur auf lokaler Ebene. Institutionell gesehen geht das Einflussgebiet der *Corregimientos* über das der Munizipien hinaus, doch kommt es oft zu Überschneidungen und dadurch zu Interessenskonflikten.

Abb. 2: Die Wunden des illegalen Holzeinschlags im Nationalpark

„Wir wissen gar nicht, was wir mit dem Wasser anbauen sollen", macht Presentación Romero, Präsident der lokalen Organisation der Bewässerungsfeldbauern (*Asociación de Regantes de El Caigua*) auf ein weiteres Manko aufmerksam. Die Techniker und Experten hätten von den Vorteilen des Staudamms auf sie eingeredet und danach kurzerhand beschlossen, dass der Staudamm von wirtschaftlichem Nutzen für die Lokalbevölkerung sei. „Absolut umweltverträglich, tönten sie", so Romero. Doch wissenschaftlich fundierte Argumente hätten sie nicht geliefert. „Wir wollten eigentlich mehrheitlich Tröpfchenbewässerung. Das weiß doch jedes Kind, dass das schonender für die Böden ist als diese Schwemmlandwirtschaft. Aber auf uns hörte niemand, obwohl wir doch den Staudamm später verwalten sollen." Romeros Aussagen werfen ein Licht auf die geltende Machtasymmetrie zwischen Lokalpolitik und Entwicklungsmaßnahmen. Ist ein Projekt samt Geldern einmal genehmigt, dann hat die betroffene Bevölkerung oft wenig anzumelden. Unter den Landbauern macht sich Unmut breit. „Wer weiß, am Ende nehmen sie doch noch Geld von uns für den Betrieb und die Wassernutzung", drückt Romero die Furcht vieler Landbauern um den Verlust ihrer entgeltlosen Vorzugsrechte am Wasser aus.

Nicht ganz zu Unrecht: Wasserreservoirs sind knapp im Chaco (**Abb. 4**), und der Konflikt zwischen Stadt und Land – zwischen dem Nutzen als Trink- oder als Bewässerungswasser – schwelt. Die Stadt Villamontes bildet da keine Ausnahme: Die ortsansässige EPSA Manchaco etwa, zuständig für die Trinkwasserversorgung von fünf weiteren Gemeinden, liegt schon jetzt im offenen Clinch mit Wasserfeldbauern der benachbarten Gemeinde von El Chimeo. Die organisierten Bauern zerstörten vor kurzem die neu installierten Wasserleitungen. Sie klagen anstelle eines kostenpflichtigen Ausbaus der Trinkwassersysteme die Sicherung „ihres" kostenlosen Zugangs zum Wasser ein.

Entwicklungsorganisationen wie der DED haben mittlerweile reagiert. Das Thema der Prävention und Schlichtung von Wassernutzungskonflikten wurde in das Rahmenprogramm des zivilen Friedensdienstes (ZFD) integriert.

Chancen und Perspektiven für Local Water Governance

Die Probleme im lokalen Wassersektor sind ersichtlich (siehe Gentes & Ruíz 2008):

- Die fehlende Interaktion zwischen öffentlichen, privaten und sozialen Organisationen sowie das fehlende technische Wissen um integriertes Wassermanagement (IWRM). Die Folgen sind u.a. illegales Abholzen, Verschmutzung von Wasserläu-

Abb. 3: Bau des Staudamms Caigua

fen, Übernutzung von Wasserquellen, Planung und Durchführung von Bewässerungsprojekten ohne entsprechende Umweltgutachten.

- Die fehlende Verwaltung des Nationalparks Aguaragüe. Das Modell einer kooperativen Verwaltung besteht bisher nur auf dem Papier. Für die Umsetzung braucht es neben der politischen Lobbyarbeit vor allem finanzielle und fachliche Unterstützung.
- Die Umwelt(alt)lasten, verursacht durch Erdöl- und Gasförderung. Kontrolle sowie Sanktionierung bzw. Restituierungsmaßnahmen übersteigen die lokalen Kapazitäten bei weitem.
- Die Konflikte zwischen lokalen Trinkwasserver- und Abwasserentsorgungsunternehmen und Bewässerungsfeldbauern, die um ihre traditionellen Wasserrechte fürchten.

Gerade in Kleinstädten zeigen sich aber auch Ansätze, wie durch den geschickten Einsatz von lokalen und externen Fachkräften Szenarien für eine *Local Water Governance* unterstützt werden können. Zum einen gilt es, die verschiedenen Akteure der Wassernutzung anhand der Unterstützung lokaler Umweltkomitees zu konsolidieren. Speziell geht es hier um eine Kompetenzerhöhung im Bereich des Schutzes von Wasserquell- und Einzugsgebieten. Eine Zusammenarbeit mit lokalen NGOs scheint sinnvoll, da einige dieser Organisationen über langjährige Erfahrung in der Lobbyarbeit im Wassersektor verfügen.

Abb. 4: Angelegtes Wasserloch (atajado) in der Nähe von Villamontes

Die notwendige ökonomische Valorisierung des Wassers speziell an den Quell- und Zuflüssen der Wassereinzugsgebiete stellt eine sichtliche Herausforderung für diese Komitees dar, gerade dort, wo der öffentliche Sektor nicht genügend präsent ist. Diese sollte mit einer Umwelterziehung in Richtung einer neuen Wasserkultur kombiniert werden. Hier scheint die Rolle der EPSA ausschlaggebend: Im Jahr 2008 steht im bolivianischen Chaco der Ausbau und die Modernisierung der vorhandenen Trinkwassersysteme an; innerhalb der EPSA-Manchaco hat man den Schutz der Ober- und Unterflächenwasser auf urbaner und ruraler Ebene als Zielvorgabe anvisiert.

Lokales Wassermanagement ist letztendlich aber nur möglich, wenn genügend Bereitschaft und lokale Kapazitäten vorhanden sind, um den Wassersektor langfristig zu koordinieren (**Abb. 5**). Ein funktionierendes und kommunikatives System sollte es ermöglichen,

- die Grenzen der vorhandenen Tiefen- und Oberflächenwasser zu kennen und zu respektieren;
- die verschiedenen Dimensionen von *Local Governance* zu definie-

Abb. 5: Öffentliches Wasserforum Villamontes

ren und umzusetzen sowie konkrete Pflichten und Rechte im Rahmen von Umweltdienstleistungen zu formulieren;

- die Widersprüche zwischen der Ausdehnung des administrativen Verwaltungsraumes und den dieses Gebiet überschreitenden Wassereinzugsgebieten zu überwinden. Es gilt die Reichweite der lokalen Instanzen in Bezug auf die Mikro- und Makrosenken neu auszurichten.

Die Basis dafür sollte eine nationale Gesetzesvorgabe sein. Doch trotz der Bildung eines Wasserministeriums geht die Marschroute noch immer in Richtung Sektoralisierung. Von einer starken rechtlichen Hierarchie profitieren in erster Linie die wirtschaftlich produktiven Sektoren (Bergbau, Erdöl- und Gasvorkommen). Konkrete Antworten auf die Fragen der Kohärenz zwischen den Gesetzgebungen und staatlichen Vorgaben auf der einen Seite sowie einer effizienten *Local Water Governance* auf der anderen Seite stehen noch immer aus. Ein neues Wassergesetz müsste die geltenden Normen und Reglementierungen harmonisieren und dabei die Verwaltungshoheiten auf regionaler und lokaler Ebene klar definieren.

Herausforderungen für Entwicklungsmaßnahmen auf lokaler Ebene liegen aber auch und gerade in der Umsetzung der normativen Vorgaben sowie der Implementierung der Entwicklungspläne zum Schutz und Konservierung von Wasserreservoirs. Die verschiedenen Interventionen von Seiten der Entwicklungszusammenarbeit, aber auch der NGOs und anderer öffentlicher und privater Akteure, sollten weitaus mehr koordiniert werden und die Entscheidungsbildung und -findung zwischen den verschiedenen öffentlichen Instanzen transparent mitgestaltet werden. Und auch lokal gesteuerte wissenschaftliche Untersuchungen können wirkungsvoll dazu beitragen, dass sich eine neue Wasserkultur zukünftig in konzertierten Aktionen wiederfindet.

Literaturverzeichnis

- BUSTAMANTE, R. (2005): *Pluri-Multi-Issues in the Reform Process: Towards a new Water Law in Bolivia*, in: BOELENS, R., CHIBA, R.M., NAKASHIMA, D. (Ed.) (2005): Water and Indigenous People. Paris, WALIR/UNESCO, S. 118-129.
- GENTES, I., RUÍZ, S. (2008): Challenges and Perspectives of Water Governance and Integrated Water Resource Management in Bolivia, in: European Review for Latin American and Caribbean Studies, No. 85, CEDLA, Amsterdam (in Druck).
- KLEIN, N. (2007): The Shock Doctrine. New York, Penguin Books.
- MATTOS R., CRESPO, A. (2000): Informe nacional sobre la gestión del agua en Bolivia. Documento inédito. La Paz, 19 de enero.
- MAYORGA, F. (2006): *El Gobierno de Evo Morales: entre nacionalismo e indigenismo*, in: Nueva Sociedad No. 206, noviembre-diciembre 2006. www.nuso.org/upload/articulos/3390_1.pdf
- RUIZ, R., CORTÉZ, C. (2002): Plan de Conservación de Sitios.- Parque Nacional y Área Natural de Manejo Integrado de la Serranía del Aguaragüe. Tarija, PROMETA / AVINA.
- SALMAN, T. (2008): *Reinventing Democracy in Bolivia and Latin America*, in: Revista Europea de Estudios Latinoamericanos No. 84, Amsterdam, Centro de Estudios y Documentación Latinoamericanos (CEDLA), S. 87-100.
- UNIDAD DE ANÁLISIS DE POLÍTICAS SOCIALES Y ECONÓMICAS (UDAPE), COMITÉ INTERINSTITUCIONAL DE LAS METAS DE DESARROLLO DEL MILENIO (CIMDM) (2006): Progreso de los Objetivos de Desarrollo del Milenio, Cuarto Informe asociados al Desarrollo humano. La Paz, Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (PNUD).
- VELTMEYER, H., PETRAS, J. (2007): *Bolivia and the Political Dynamics of Change*, in: Revista Europea de Estudios Latinoamericanos No. 83, Amsterdam, Centro de Estudios y Documentación Latinoamericanos (CEDLA), S. 105-120.

Dr. Ingo Gentes

ingo.gentes at gmail.com

Ingo Gentes ist Dr. der Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin, derzeit *Project Researcher* der Humboldt Universität am Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus (WISOLA).

Er studierte Journalismus in Chile und Sozialanthropologie, Politikwissenschaft, Romanische Philologie, Lateinamerikanistik sowie Romanistik in Freiburg und Berlin.